

Abstract Momentum 20: Republik

Umkämpfter Raum – unser aller Interesse

*Der Wiener Reumannplatz als Schauplatz eines beispielhaften
Ausverhandlungsprozesses*

Track #2: Menschen mobilisieren, Interessen organisieren

(Alternativ-Track #8: Öffentliche Güter und Räume jenseits von Staat und Markt)

Eingereicht von: Lena Krainz

Im Rahmen meiner Diplomarbeit habe ich mich umfassend mit den Interessenkonflikten am und um den öffentlichen Raum beschäftigt. Untersucht habe ich dabei die Umgestaltung des Reumannplatzes, die im Sommer 2020 fertiggestellt sein wird und dem ein jahrelanger Ausverhandlungsprozess vorausging. Im vorliegenden Paper möchte ich darlegen, welche Interessen dabei aufeinandertrafen und wie sie sich durchsetzen konnten. Es stellt ein Beispiel dar, bei dem nicht nur die Rahmenbedingungen der Stadtverwaltung zutage traten, sondern auch die Zivilgesellschaft aktiv in den Prozess eingegriffen hat, den Diskurs und auch den Platz mitgestaltet hat.

Der öffentliche Raum ist in einer Stadt jener Ort, an dem Gesellschaft und Macht sichtbar wird, Fremdes und Bekanntes aufeinandertrifft, Ausverhandlung von Verhalten, Gestaltung und Nutzung stattfindet und somit eine zentrale politische Funktion aufweist. Die Umgestaltung dessen stellt einen besonderen Moment dar, weil deutlich sichtbar wird, für wen der Raum und damit ein wesentlicher Teil der Stadt gebaut wird und wer darin keinen oder wenig Platz hat. Autoritäre Tendenzen können sich also ebenso im öffentlichen Raum manifestieren wie umgekehrt demokratische Teilhabe, Selbstermächtigung und Inklusion. Der öffentliche Raum ist in seiner Idealform zwar allen Menschen gleichermaßen frei zugänglich, historisch gesehen sowie aktuell, sind Plätze und öffentliche Räume jedoch meist auch exklusiv. Verdrängungsmechanismen können dabei direkt, etwa mittels Verboten, verstärkten Polizeikontrollen oder exklusiver Gestaltung wirken, oder aber in einem längerfristigen Prozess auf ökonomischer Ebene durch lokal steigende Mieten und Lebenshaltungskosten, was oft unter dem Schlagwort Gentrifizierung diskutiert wird. Darüber hinaus sei noch erwähnt, dass meist genau jene Personen(gruppen) besonders von Verdrängung betroffen sind, die in erhöhtem Maße auf den öffentlichen Raum angewiesen sind – wohnungslose Menschen, Personen in schlechten

Wohnverhältnissen und/oder mit niedrigem Einkommen. All diese Umstände legen nahe, dass es sich um einen umkämpften Raum handelt, dessen Relevanz vor dem Hintergrund wachsender Städte, neoliberaler Tendenzen und dem Klimawandel nur weiter zunehmen wird. Ein „Recht auf Stadt“¹ zu fordern, heißt somit auch, ein Recht auf den öffentlichen Raum zu beanspruchen.

Der Reumannplatz, ein wienweit bekannter Platz in Favoriten, stellt ein gutes Beispiel dar, um zu untersuchen, welche Rolle die verschiedenen AkteurInnen bei solch einem Umgestaltungsprozess spielen (können) und wie sie die demokratische Auseinandersetzung über den Platz (mit)gestalten. Bereits vor einigen Jahren wurde entschieden, dass der Platz im Zuge der U1-Verlängerung umgebaut werden soll. Seitdem wurden von der Stadt Vorstudien sowie ein Partizipationsverfahren in Auftrag gegeben, um zu einem Umgestaltungsplan zu gelangen, der den lokalen Umständen gerecht wird. Nachdem sich einige Unternehmer vor Ort mit Unterstützung der Wirtschaftskammer und der Bezirkspolitik für einen großen hochpreisigen Gastronomiebereich eingesetzt haben, entstand eine medial begleitete Diskussion über die Nutzung des Platzes, die großteils auch von einer lokalen Initiative beeinflusst wurde, die sich dagegen aussprach. Ein Kompromiss wurde schließlich zuungunsten der Unternehmer und der Wirtschaftskammer gefunden und dem vonseiten beteiligter AkteurInnen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung ein sehr positives Urteil ausgesprochen wird.

Eine zentrale Rolle spielte bei dem Prozess die Stadtverwaltung, die die Rahmenbedingungen sowie die Richtung vorgab. Für das Beteiligungsverfahren wurde ein Büro beauftragt, das es sich zur Aufgabe machte, möglichst alle – in besonderem Maße auch vulnerable Gruppen – miteinzubeziehen. Die engagierten Unternehmer vor Ort konnten mit der Unterstützung der lokalen Wirtschaftskammer rechnen sowie den Bezirkspolitiker von ihrer Idee überzeugen. Die daraufhin gegründete Initiative Offener Reumannplatz hingegen griff auf ihr soziales Kapital, ihr Know-How, ihre bestehenden Netzwerke zurück und konnte u.a. mithilfe der medialen Berichterstattung die öffentliche Meinung auf ihre Seite ziehen.

Die Untersuchung zeigt beispielhaft, wie sich einerseits engagierte BewohnerInnen für Gemeinwohlinteressen einsetzen, und andererseits, dass aufgrund der ungleich verteilten Ressourcen, Teilhabechancen und Einflussmöglichkeiten in einer demokratischen Gesellschaft der (öffentliche) Raum nicht dem Markt überlassen werden darf.

¹ Das ursprünglich von Henri Lefebvre bereits 1968 formulierte Postulat „Recht auf Stadt“ ist bis heute aktuell und findet in vielen verschiedenen Kontexten Anwendung – als Slogan, Kampfruf oder Diskussionsthema. Dabei wird stets die Frage gestellt, wem die Stadt mit seinen Orten und Funktionen eigentlich gehört und wer über dessen Gestaltung und Nutzung bestimmen soll. (vgl. Schäfer, C. (2016): Vorwort. In: Lefebvre, H.: Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus, S. 5-25.)